

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

18.4.1922 (No. 90)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonno
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptchrift-
leiter
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.30 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Magerbezug, zwangsweiser Weiterleitung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Starker Fremdenverkehr in Süddeutschland.

** Nach zuverlässigen Angaben sind bereits von über 200 000 Amerikanern Schiffsplätze nach Europa belegt. Auch aus anderen, valutarstarren Ländern, so z. B. von Holland, hört man von größeren Vorbereitungen zu einem Fremdenverkehr nach Deutschland. Jedenfalls bemühen sich die Geschäftskreise dieser Länder für eine Erleichterung dieses Verkehrs in den nächsten Monaten mit dem Hinweis darauf, daß im Ausland viele deutsche Zahlungsmittel zu einer Zeit beschafft worden seien, als dieselben noch höher im Kurs standen. Durch das starke Abgleiten des Kurzes der deutschen Währung glauben die Ausländer einen Schaden dadurch am besten abzuwenden zu können, daß sie mit ihrer, in früherer Zeit gehamsterten Welt Erholungsreisen nach Deutschland unternehmen. Die Gewerbebahnen in München und die Bahnschiffahrt in Oberammergau bieten im übrigen für die Reise nach Süddeutschland einen starken Anreiz, wozu auch der Schwarzwaldbahn ein wesentlicher Teil des Verkehrs aufzunehmen genötigt sein wird. Eine Schädigung in der Versorgung des Inlandskonsums tritt sicherlich dabei in Erscheinung. Die Folgen der Spannung zwischen Mehkonsum und Minderangebot werden sich in erster Linie auf die arbeitende Bevölkerung und die Angehörigen des Mittelstandes auswirken, deren Einkommen mit der Kaufkraft des Ausländers nicht Schritt halten kann. Aufgabe der Sozialindustrie und derjenigen Gemeindeverwaltungen mit viel Fremdenverkehr ist es deshalb, ihrerseits für die Beschaffung von ausländischen Lebensmitteln bestrebt zu sein. Insbesondere ist dringend die Aufnahme von Gefrierfleisch zu empfehlen und dafür die erforderlichen Lagermöglichkeiten auszubauen, bezw. auszubauen. Des Nistlos wegen deckt sich nämlich der Großhandel mit erheblichen Mehlbeständen an Fleisch und Fett, an Kondensmilch und anderen hochwertigen Lebensmitteln nicht mehr so ein, um allen durch stärkere oder schwächere Nachfrage hervorgerufenen Schwankungen gerecht werden zu können. Das verbrauchende Gemeinwesen und die Gemeindeverwaltungen müssen deswegen an die Stelle des Großhandels treten, wenn nicht durch einen allzu starken Fremdenverkehr in diesem Sommer der Staat vor die Alternative gestellt werden soll, zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung dem Fremdenverkehr dämpfend in den Weg zu treten.

* Genua.

III.

In den letzten Tagen des März, d. h. also etwa zwei Wochen vor der Eröffnung der Konferenz von Genua, hatte die deutsche Valuta ihren tiefsten Stand erreicht: für den Dollar mußten 360 Mark gezahlt werden. Schon allein die Tatsache, daß die Konferenz stattfand, hat dann unsere Valuta etwas gehoben. Der Verlauf der Sitzungen während der ersten Woche aber hat dazu geführt, daß der Dollar auf 275 M. gesunken, die deutsche Valuta also im Vergleich mit Ende März ganz erheblich gestiegen ist. Wenn wir den Stand der deutschen Mark gewissermaßen als politischen Thermometer betrachten, so muß man zugeben, daß der bisherige Verlauf der Konferenz von Genua für uns nicht ungünstig gewesen ist.

Mehr dürfen wir allerdings nicht feststellen. Denn, abgesehen davon, daß die Gleichberechtigung aller Nationen Europas nun endlich durch die Lat anerkannt worden ist, liegen die Dinge in Genua heute doch noch so, daß wir uns peinlichst davor hüten müssen, ganz bestimmte Hoffnungen in unsere politische Rechnung einzusetzen. Und wenn, wie aus Genua berichtet wird, die zweite Woche der Konferenz mit einem pessimistischen Auftakt beginnt, so braucht das nicht bloß als eine selbstverständliche Reaktionserscheinung dem Optimismus der ersten Woche gegenüber bewertet zu werden, sondern gleichzeitig auch als ein Anzeichen dafür, daß die Schwierigkeiten nun erst recht beginnen.

Simmer wieder ist es die Haltung Frankreichs, die zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Und wenn die russische Frage als solche auch ohnehin durchaus geeignet ist, einen schweren Konflikt zwischen Rußland und der Entente und damit eine unmittelbare Krisis für die ganze Konferenz heraufzubeschwören, so wird die Gefahr auch dieser Krisis durch die Politik der französischen Regierung bezw. der französischen Delegation noch ganz besonders erhöht.

Inzwischen haben sich die deutsche Reichsregierung und die Sowjetregierung über ein Wirtschaftsabkommen geeinigt. Schon vor Wochen hatte der Reichskanzler Dr. Wirth die Beziehungen zur russischen Regierung im Sinne eines solchen Abkommens aufgenommen. Ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfahren hätte, ganz in der Stille, haben die

Verhandlungen stattgefunden. Sie erreichten einen gewissen Abschluß, als die russische Delegation auf ihrer Reise nach Genua in Berlin weilte. Und in Genua selbst ist der Vertrag dann formell abgeschlossen worden. Mit Recht wird auch von solchen deutschen Blättern, die, einer schlechten Gewohnheit folgend, den Reichskanzler fortgesetzt bekämpfen u. kritisieren, erklärt, daß die deutsche Diplomatie, wie sie von Dr. Wirth u. Dr. Rathenau zurzeit geleitet wird, hier eine außerordentliche Geschicklichkeit an den Tag gelegt habe, und daß der in aller Stille errungene Erfolg den besten und sichtbarsten Beweis für diese Geschicklichkeit darstelle.

Über die Einzelheiten des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens wird ja wohl in den nächsten Tagen noch Genaueres bekanntgegeben werden. Was bisher mitgeteilt worden ist, klingt überaus erfreulich. Schon allein der Umstand, daß überhaupt zwischen Rußland und Deutschland ein festes und tragfähiges Abkommen wirtschaftlicher Natur geschlossen wurde, läßt uns hoffnungsvoller in die Zukunft blicken, da ja gerade die Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland eine der unmitteldbaren, wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für unseren eigenen Wiederaufbau ist.

Darüber hinaus aber bedeutet die Bestimmung, daß alle Kriegskostenansprüche Rußlands an Deutschland, wie sie nach Artikel 116 des Friedensvertrages von Versailles unter Umständen geltend gemacht werden könnten, als erledigt zu betrachten sind, eine große Veruhigung für uns. Wir verzichten unsererseits auf solche Anspruchsrechte, die sich aus den bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung ergeben haben, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Rußland auch anderen Staaten einen solchen Schadenersatz nicht zugestehet.

Man ist, wie aus den Berichten aus Genua hervorgeht, über den Abschluß des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens verblüfft gewesen. Ob diese Verblüffung sich auf alle Delegationen der übrigen Mächte gleichmäßig verteilt, wird allerdings nicht verraten. Bei den Franzosen und vielleicht auch bei den östlichen Randstaaten wird das Erstaunen wohl am größten und am echtesten gewesen sein. Uns über dieses Erstaunen zu freuen, haben wir indessen zunächst keinen Anlaß. Vom Standpunkt der französischen Politik aus betrachtet, wird das Abkommen wahrscheinlich als ein gefährlicher, wenn auch sehr geschickt geführter Streich gegen Frankreich aufgefaßt werden. Und wir werden uns wohl auf einen ganz gehörigen Wutausbruch der Pariser Presse gefaßt machen müssen. Inwieweit dies alles praktische Folgen zeitigen, die amtliche Politik Frankreichs beeinflussen wird, vermag niemand zu sagen.

An sich ist unser Verhalten durchaus korrekt und einwandfrei. Genua so, wie jeder andere Staat, darf auch Deutschland mit Rußland Verträge abschließen. Im übrigen aber kann die deutsche Reichsregierung mit Recht darauf hinweisen, daß dieses Wirtschaftsabkommen mit Rußland wachlich nicht nur zum eigenen Vergnügen abgeschlossen hat, sondern gerade in der Absicht, dadurch die Politik der Erfüllung neu zu festigen und zu beleben. Es ist ganz klar, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur dann nachkommen kann, wenn es selbst wieder gesundet. Eine der Voraussetzungen für diese Gesundung ist aber der Wiederaufbau Rußlands und im Zusammenhang damit die Anbahnung erspriechlicher, wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und uns. So gesehen, hat gerade Frankreich, das ja unser erster Gläubiger ist, selbst das meiste Interesse an diesem Abkommen!

Eine neue deutsche Denkschrift an den Völkerbund.

Die politischen Parteien des Saargebietes haben an den Völkerbund eine neue Denkschrift gerichtet, in der zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen des Saargebietes Stellung und auf die zunehmende Entrechtung des Saargebietes durch entsprechende Maßnahmen der Saargebietregierung hingewiesen wird.

Einleitend wird gesagt: Die von der Bevölkerung des Saargebietes längst gewonnene Überzeugung, daß die Politik ihrer Regierungskommission

vorzugsweise französischen Interessen dienbar sei, hat im letzten periodischen Bericht der Regierungskommission an den Völkerbundrat vom 3. Jan. 1922 eine volle Bestätigung erfahren. In ihm stellt sie angeblich zum Zwecke einer unbeflügelten Volksabstimmung im Jahre 1935 als das alles beherrschende Prinzip ihrer Politik die vollständige Loslösung des Saargebietes vom Deutschen Reich hin. Damit sind der Bevölkerung die letzten Zweifel geschwunden über die wahren Beweggründe der Politik der Ausweisung Nichtfranzösischer, die Niederlassung der Ausgewiesenen von einer Begnadigung durch den Präsidenten, nicht etwa des Völkerbundes, sondern der französischen Republik abhängig zu machen, der Schaffung und Förderung eines weitverzweigten Spionage- und Spionagetwesens, der allgemeinen Bevorzugung der Franzosen in unserem rein deutschen Lande, der Übertragung der wichtigsten Ämter der Zentralverwaltung an Franzosen, der Beibehaltung der französischen Garnisonen im Gegensatz zum Friedensvertrag (nach dem Budget der französischen Armee 7600 Mann), der systematischen Verdrängung der deutschen Reichsmark durch den französischen Franken, der Begünstigung der Franzosen bei der Zuteilung von Wohnungen, der Förderung des französischen Sprachunterrichts in den Volksschulen, die Begünstigung rein französischer Schulen, der Kapitalverlagerung für Arbeitervertreter und namhafter Vertreter von Kunst und Wissenschaft aus Deutschland, des Pakzwanges gegenüber Deutschland, der Schaffung des Begriffs „Saarwohner“ und von anderem mehr.

Für das erstrebte Ziel der Franzöisierung des Saargebietes sind alle diese Versuche aussichtslos, aber sie vergiften das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Regierungskommission.

Die Kostrennung des Saargebietes von deutscher Kultur und Wirtschaft hat mit der ehelichen Durchführung der Abstimmung im Jahre 1935 nichts zu tun. Diese Abstimmung ist weder mit dem Geiste, noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar.

Wirtschaftlich hat das Saarstatut ausdrücklich für die Dauer der 15 Jahre bis zur Entscheidung über das Schicksal der Saargebietbevölkerung die Verbindung mit dem Deutschen Reich durch das Verbot von Ausfuhrzöllen gesichert. Dieses Verbot hat die Regierungskommission mißachtet, indem sie den Frankenumlauf, der als denkbar schärfster Ausfuhrzoll wirkt, mit allen Mitteln erweitert. Dazu hat sie die Saargebietbevölkerung sogar den französischen Ein- und Ausfuhrverboten unterworfen.

Genauso wenig finden die Bestrebungen auf kulturelle Loslösung vom Deutschen Reich irgendeine Grundlage im Friedensvertrag. Den besten Beweis hierfür liefert die Entstehungsgeschichte des Saarstatuts. Nach André Tardieu „La paix“ wurde die Sonderregelung für das Saargebiet getroffen, um Frankreich die ungestörte Ausbeutung der Kohlengruben zu sichern. Die Ausbeutung geschieht durch landeinsgesetzene deutsche Arbeiter. Diese verlangen mit Recht die Beibehaltung der bestehenden und die Einführung der neuen deutschen Gesetze, wie z. B. des Betriebsratsgesetzes. Die Regierungskommission verweigert dies. Dagegen ändert sie die Gesetze gegen den klar ausgesprochenen Willen der Bevölkerung.

Die Gestaltung des Saarstatuts wurde leider beeinflusst durch die Behauptung des Herrn Clemenceau, im Saargebiet gäbe es mindestens 150 000 Franzosen. Diese Behauptung ist eine der größten Lügen, die jemals ausgesprochen wurden. Wir sind seit über 1000 Jahren Deutsche und wir bleiben Deutsche. Wir wehren uns gegen alle von der Regierungskommission betriebenen und von ihr begünstigten Franzöisierungsbestrebungen. Die Welt kann und wird nicht dulden, daß 700 000 Menschen vergewaltigt werden.

Der deutsche Charakter unserer Volksschulen muß unter allen Umständen rein erhalten werden. So schreibt es der Friedensvertrag in § 28 des Saarstatuts vor. Die Verordnung der Regierungskommission vom 10. Juli 1920 dagegen gestattet es deutschen Kindern, in den rein französischen Schulen ihrer Schulpflicht zu genügen. Der Widerspruch gegen diese verordnete Einführung des freiwilligen französischen Sprachunterrichts an den Volksschulen gründet sich darauf, daß, wie wir befürchten, die Teilnahme an ihm durch die französische Propaganda zu einem Argument für die Hinneigung zu Frankreich gestaltet werden wird.

Die einflussreichen Stellen der Zentralverwaltung des Saargebietes sind mit Franzosen besetzt. Das ist unerträglich. Die Bevölkerung nimmt es auch nicht hin, daß tüchtige Beamte wegen ihrer aufrechten deutschen Gesinnung ihres Amtes enthoben werden, wie dies noch in der letzten Zeit unter Angabe nichtiger Gründe geschehen ist.

Erneut erheben wir die Forderung auf Entfernung des französischen Militärs. Dessen Anwesenheit steht im Widerspruch mit dem Friedensvertrag. Hören die Franzöisierungs-

Bestrebungen auf und verläßt die Regierungskommission ihren absolutistischen Standpunkt, so wird sie von selber zu der Einsicht gelangen, daß das französische Militär überflüssig ist.

Wir bestehen auf Beseitigung der von der Bevölkerung als widerlich empfundenen Spioniererei, die die Regierungskommission durchaus fördert. Ein derartiges System, das einem Zeitalter der Despotie entspricht, ist nur die logische Ergänzung einer Gewaltpolitik, wie sie die Regierungskommission betreibt.

Die Verordnung über den Begriff „Saarbewohner“ gefährdet unsere Rechte. Besonders unerträglich ist für uns die Bestimmung der Verordnung, daß ein im Saargebiet seit langem Eingewohnter seine Heimatberechtigung verliert, wenn er auch nur ein Jahr außerhalb der Grenzen des Saargebietes gewohnt hat.

Demokratische Freiheit kann nur gesichert werden durch die Schaffung einer Volksvertretung zur Sicherung der Selbstverwaltung der Bevölkerung. Alle von der Regierungskommission dagegen versuchten Einwendungen sind unzutreffend. Besonders unhaltbar ist die Behauptung, daß die Schaffung einer demokratischen Volksvertretung dem Charakter des Saargebietes als eines Abstimmungsgebietes im Wege stehe. Die öffentliche Meinung der Welt kann und wird es nicht dulden, daß der einzigen, dem Völkerbunde direkt anvertrauten Bevölkerung die elementarsten Grundrechte vorenthalten und sie nach den absolutistischen Methoden des Mittelalters veraltet wird.

Die in den letzten Tagen von der Regierungskommission verordnete Schaffung eines Landesrats als Ersatz für ein wirkliches Parlament widerspricht den klar ausgesprochenen Wünschen der Bevölkerung. Nach dieser Verordnung hat der Landesrat nur eine beratende Stimme. Was das bedeutet, haben wir seit Einzug der Regierungskommission im Februar 1920 erlebt. Die Bevölkerung beansprucht doch wenigstens diejenigen politischen Rechte, die sie in dem als autokratisch angesehenen Kreuze seit über 70 Jahren besessen hat.

In den Landesrat sollen nur wählbar sein aus dem Saargebiet stammende Personen. Das Gedeihen unseres Industriegebietes beruht aber auf dem Zutrom von geistigen und moralischen Kräften aus dem übrigen Deutschland. Ein wesentlicher Teil der führenden Köpfe des Saargebietes stammt aus dem übrigen Deutschland. Alle diese sollen also von der Mitwirkung bei der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten ausgeschlossen bleiben. Auf die landfremden französischen Beamten aber stützt sich die Regierungskommission. Wie sehr die Regierungskommission der Mitarbeit sachverständiger, mit den besonderen saarländischen Verhältnissen vertrauter Männer bedarf, geht aus ihrem dem Völkerbunde unter dem 21. Dezember 1921 erstatteten Sonderbericht hervor. Er baut sich größtenteils auf falschem Tatsachenmaterial auf. Hinsichtlich der Angaben über die Eisen- und Stahlherzeugung des Saargebietes ist die Regierungskommission sogar einer gefälschten Statistik zum Opfer gefallen. Werden die Rechte einer Bevölkerung derart beschränkt, so ist ein gedeihliches Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten nicht möglich.

Die Dentschheit lehnt:
„Die Saarbevölkerung kämpft für ihre politische Freiheit und nationale Selbstbehauptung. Sie kämpft um die elementarsten Rechte der Selbstverwaltung und um Lenkung ihres eigenen Geschicks, — für Rechte, die sie seit 70 Jahren besessen hat und die ihr heute vorenthalten werden. Sie bittet die öffentliche Meinung und die Staatsmänner der ganzen Welt, ihr in diesem Kampfe beizustehen.“

Deutsch-Demokratische Partei, Deutschnationale Volkspartei, Liberale Volkspartei, Sozialdemokratische Partei, Zentrumspartei.“

Konzert = Wochen = Rückblicke.

Das Karlsruher Streichquartett der Herren Voigt, Grabert, Müller und Trautvetter vermittelte seiner Zuhörerschaft mit dem letzten Konzert dieser Saison die Bekanntheit eines Quartetts des dänischen Komponisten J. R. Emborg, der hier bereits früher an einem nordischen Konzertabend zu Wort gekommen ist. Das Kammermusikwerk trägt weder auffallend nationale noch stark persönliche Züge, ist aber geschickt und gefällig angelegt. Volkstümliche Motive sind unaufdringlich im zweiten Satz verarbeitet. Er ist von lässlicher Anmut belebt. Als feinsinniger Zeichner guter poetischer Stimmungen offenbart sich Emborg in langsamen Satz, einem Adagio von überquellendem Wohlklang. Aus einer verwickelteren feilschen Verfassung heraus empfunden ist der letzte Satz: von drängender Unruhe geheimnisvoller Kräfte bewegt, von fahlen Lichtern durchzittert, von verborgenen Leidenschaften durchwühlt. Hier hat der Musiker wohl am tiefsten geschöpft. Dieser immerhin interessante Novität folgte eines der Haydn'schen Menuette, das Streichquartett in G-Dur, leicht und beruhigend in der Reinheit der Form, ein herrliches Gefäß mit köstlichem Inhalt gefüllt. Der Hörer wird mit den ersten Tönen bei der Hand geführt und mit fortgezogen in einen fröhlichen Reigen hinein. Dieses Kammerwerk ist nur da, um Licht und Freude um sich zu verbreiten, um schön zu sein, ist kein Wunsch. Anders das Streichquartett in B-Dur von Brahms, der, mag er sich auch wie hier in einer lockeren Form in einer fast unbemerkten Geisterwelt ergehen, doch immer wieder eine heimliche Leidenschaft, eine seltsame Verbaltheit des Gefühls durchschimmern läßt — oft in einer eigenartig beruhigenden rhythmischen Wendung oder in aparten Klangmischungen. Irigendwo schaut doch das freundlich-ernste Antlitz des eigenwilligen Brahms heraus, selbst dann, wenn er einmal ganz unbrahmisch sein will.

Die Wiedergabe der Quartette atmete gesunde Frische. Die vier Künstler hatten fleißig studiert und sich aufs peinlichste mit Charakter und Stil der Werke vertraut gemacht. Sie sparten nicht mit hellen, freundlichen Farben, ließen es bei den feinsten Schönen nicht an Temperament und bei den langsamen nicht an Innigkeit des Ausdrucks und Wärme fehlen. Die Stimmen verweben sich zu intim abgestimmten Klangbildern. Der Wechsel war lebhaft und wohlbedient.

Das Karfreitagskonzert der Lieberhalle, das trotz des herrlichen Frühlingswetters eine zahlreiche Zuhörerschaft in die Hofhalle gelockt hatte, brachte in dem durch das Parsifal-Orchester eingeleiteten II. Teil Wagner's „Liebesmahl der Apostel“, eine bildliche Szene für Männerchor und großes Orchester, zur Aufführung. Es ist ein ziemlich

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz von Genua.

Der Reichskanzler über die deutsche Lage.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hatte in Genua am Donnerstag eine Unterredung mit dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia“. Im Verlauf der Unterredung stellte der Korrespondent die Frage nach den Lebensverhältnissen in Deutschland, worauf Dr. Brüning antwortete:

„Die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten haben ihren Ursprung in der Entwertung der deutschen Währung. Infolge dieser Entwertung sind die Preise für die Lebensmittel und die sonstigen unentbehrlichen Bedürfnisse im letzten Halbjahr in erschreckendem Maße gestiegen. Die Ziffern für die Kosten der Ernährung einer Familie haben im August 1921 noch das Vierfache des Vorkriegsstandes betragen, im März 1922 schon das 32fache. Die Getreidepreise sind im März 1922 auf das 53fache der Preise vom August 1914 gestiegen. Im Jahre 1921 hat der Fleischverbrauch nur noch 40 Prozent, der Brotverbrauch nur noch 24 Prozent des Verbrauchs vor dem Kriege betragen.“

Für einen Anzug muß man in Deutschland jetzt das Zehntel eines Jahresverdienstes aufwenden. Es gibt Familien, die nicht mehr imstande sind, ihre Kinder richtig zu kleiden. Die Untersuchung in den Schulen darüber, wieviel Kinder mit Säcken bekleidet sind, hat zu einem erschreckenden Ergebnis geführt. Gehälter und Löhne haben dieser Preisentwicklung nicht im entferntesten folgen können. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist infolgedessen weit hinter den Stand der übrigen europäischen Bevölkerungen gesunken.“

Es hat eine völlige Umschichtung der sozialen Struktur stattgefunden. Der Mittelstand, früher Hauptträger der sozialen Ordnung, der Steuerkraft, der Intelligenz, hat am schwersten gelitten und ist in völliger Auflösung begriffen.“

Auf die Frage des Korrespondenten, wie es komme, daß die Industrie in solch glänzender Lage, und die Finanzlage Deutschlands so schlecht sei, erwiderte der Reichskanzler u. a.:

„Es ist zwar richtig, daß die deutsche Industrie infolge des Anstieges, den der Tiefstand der Mark im Ausland zu kaufen in Deutschland gibt, besser beschäftigt ist, als die Industrie mancher anderer Länder. Die Annahme, daß die deutsche Industrie dabei Gewinne erziele, ist falsch. Es ist ein Irrtum, der die deutsche Industrie selbst eine Zeitlang über ihre wirkliche Lage getäuscht hat. Es ist aber klar, und es wird auch im Ausland nicht verkannt werden, daß die Industrie vielfach mit Verlust arbeitet und dauernd von der Substanz ihres Vermögens zehrt. Um die nötigen Reparaturen, Erneuerungen und Abschreibungen vorzunehmen, brauchen die Industriegesellschaften mehrere 100 Prozent ihres Aktienkapitals. Wenn eine Gesellschaft eine Dividende von 20 Prozent in Papiermarkt verteilt, so bedeutet das nur ein Viertel Prozent ihrer noch in Goldmark errichteten Anlagen. Eine Dividende von 100 Prozent würde nur 2 1/2 Prozent des Wertes der Anlagen bedeuten.“

Auf das Staatsbudget hat die Entwertung eine ganz katastrophale Wirkung ausgeübt. Im Budget 1922 ist insgesamt mehr als 300 Milliarden auf der Ausgabenseite machen Aufwendungen für die Ausführung des Friedensvertrages zu leistenden Zahlungen mit 1925 Milliarden den weitaus größten Posten aus. Für die inneren Bedürfnisse sind nur ungefähr 110 Milliarden Mark vorgesehen. Bei der Berechnung dieser 1925 Milliarden Mark ist ein Entwertungsfaktor von 45 für die Sachleistungen und Dienstleistungen erforderlich. Inzwischen ist der Entwertungsfaktor auf 75 gestiegen. Dadurch erhöhen sich diese Aufwendungen auf nahezu das Doppelte. Daraus geht hervor, daß die Bilanzierung des Staatsbudgets vollkommen von dem Steigen oder Fallen der Mark abhängt. Es ist unmöglich, wenn die Mark in einem so raschen Tempo fällt, wie in den letzten Monaten, diesem Tempo mit neuen Steuern so schnell zu folgen, daß das Budget im Gleichgewicht gehalten werden kann. Die Folge dieser Unmöglichkeit ist die Aufnahme von Schulden und die Ausgabe von neuem Papiergeld, die selbst wieder auf den Sturz der Mark und die allgemeine Lebenshaltung zurückfällt.“

Auf die Frage, wie die innere Lage Deutschlands sei, äußerte sich der Reichskanzler folgendermaßen: „Die daraus entstehenden sozialen und innerpolitischen Schwierigkeiten wachsen für das deutsche Volk immer mehr. Die Unruhen in Deutschland, die sich unmittelbar an die politische Umwälzung von 1918 angeschlossen haben, konnten, wenn auch mit Opfern und Schwierigkeiten, doch in verhältnismäßig geringer Zeit unterdrückt werden, da große Massen des ordnungsliebenden Volkes auf der Seite der Regierung stand. Das republikanische und demokratische Prinzip ist in Deutschland jetzt so fest verankert, daß man als sicher ansehen kann, daß von der rein politischen Seite Deutschland innerpolitische Schwierigkeiten nicht mehr drohen. Die Gefahr droht jetzt von der wirtschaftlichen Seite her. Die Verelendung des Volkes in seiner Lebenshaltung und das Fehlen jeder Hoffnung auf eine Besserung hat auch in den Kreisen, die sonst zu den ruhigsten und staatsverhaltenden Elementen gerechnet werden konnten, eine Verzweiflung hervorgerufen und eine noch hoffnungslosere Stimmung entstehen lassen.“

Auf die Frage, wie der Reichskanzler die deutsche Zukunft betrachte, sagte dieser: „Wenn dieser verhängnisvollen wirtschaftlichen Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, so sehe man mit den schlimmsten Befürchtungen in die deutsche Zukunft. Eine Besserung der Wirtschaft und der Gesamtlage könne nur von einer Besserung oder Stabilisierung der Mark kommen, und diese sei nur möglich, wenn die deutsche Zahlungsbilanz ausgeglichen würde. Ein solcher Ausgleich aber ohne eine gründliche Regelung ist nicht möglich. Die deutsche Zahlungsbilanz sei, wenn auch in den letzten Monaten eine Besserung eingetreten sei, im ganzen noch passiv. Deutschland habe im Jahre 1921 erheblich mehr eingeführt als ausgeführt. Sämtliche Aktivposten in der Zahlungsbilanz habe Deutschland nicht mehr. Die Kapitalanlagen im Auslande, die Flotte, die Kolonien sind ihm genommen worden. Zu der Passivität der Zahlungsbilanz kommen dann noch die großen Reparationszahlungen, die in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden müssen. Diese ausländischen Zahlungsmittel können nur durch Aufnahme von ausländischen Krediten oder durch Markkäufe des Auslandes geschafft werden. Die Veruche, ausländische Kredite aufzunehmen, sind bisher vergeblich gewesen und werden nach den Erklärungen, die wir aus maßgebenden Finanzkreisen erhalten haben, vergeblich sein, so lange die Reparationen nicht auf einer andern, wirtschaftlich tragbaren Grundlage gelöst werden. Das ist die ganz klare Situation. Man sieht sich heute noch, aus dieser Situation die nötigen Folgerungen zu ziehen, um im Wege der Verständigung gemeinsam mit Deutschland einen Ausweg zu suchen, der den berechtigten Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. So lange man die Entschlossenheit nicht aufbringt, dieser Tatsache klar ins Gesicht zu sehen und sich nach ihr zu richten, werden alle Verhandlungen über diese Frage keinen Erfolg haben.“

Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages.

Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland haben zum Abschluß geführt. Der Charakter des unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages läßt sich kurz, in „Röfist.“ dahin kennzeichnen, daß die beiden Regierungen damit unter die Vergangenheit einen Strich machen und daß sie zugleich ein Fundament für den gemeinsamen künftigen Wiederaufbau legen. Der Vertrag beruht auf voller Gegenseitigkeit. Die ortsständigen diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen, alle Erfordernisse aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und dem früheren Rußland gelten als erledigt; das gleiche gilt für die Erfordernisse wegen der bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung, vorausgesetzt, daß Rußland auch dritten Staaten einen Schadenersatz für die Sozialisierung und deren Rückgängigmachung nicht zugestimmt. Andererseits sollen für die Zukunft der Grundsatze der Gleichberechtigung und des gegenseitigen wirtschaftlichen Entgegenkommens maßgebend sein. In die Stelle der hinsichtlich gewordenen Bestimmungen der Verträge von Brest-Litowsk und der Ergänzungsverträge tritt daher ein neues Regime, das weder Sieger noch Besiegte kennt, das beiden Völkern volle Gleichberechtigung gewährt, und das eine sichere Grundlage für ein friedliches Zusammenarbeiten schafft. Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Rußland noch die Folgen eines langen Kriegszustandes zu liquidieren wären, beide Länder ein aufeinander angewiesen sind und daß sie in vieler

heller des Bad. Landestheaters, das durch sein prächtiges Spiel an dem guten Gelingen der Darbietungen einen hervorragenden Anteil hatte. Hugo Koller.

Konzerthaus.

„Im weißen Rößl.“

Für die Freunde der heiteren Muse hat das Landestheater einen der erfolgreichsten Schwänke der Vor-Kriegszeit ausgearbeitet: Oskar Lumenthals und Gustav Nadelburgs „Lustspiel (sic!) „Im weißen Rößl.“. Fritz Herz war der geeignete Mann, die Neuinszenierung auf den richtigen Ton zu stimmen und die Aufführung flott in Gang zu setzen. Er selbst behielt die von ihm schon früher mit so viel Humor und Genuit gezeichnete Figur des Zuhalters Leopold bei. Auch sonst trafen sich „Im weißen Rößl.“ noch eine ganze Reihe guter Bekannter aus alter Zeit. Frl. Gerl sah man am Ostermontag zum erstenmal in der Partie der Wittin Josepha Vogelhuber. Sie gab sie mit geziemer Würde und herzlichstem Temperament, resolut und wohlwollend, ein strammes Regiment über ihr Gewand und über sich selbst führend. Wenn man sieht, mit welcher Klar blinder Frische und gesunder Natürlichkeit Frl. Gerl eine solche Rolle anpackt und lebenswahr gestaltet, dann kann man den Weggang dieser Künstlerin nur aufrichtig bedauern. Einen flotten, eleganten und lebenswichtigen jungen Rechtsanwalts stellte Hubert Endlein in der Figur des Dr. Otto Siebler auf die Bühne; benutzt, sicher, überlegen im Auftreten, Manieren weltmännisch, Konversationstun flüssig, gewandt. Also: ein charmanter, moderner Cavalier, dem ein Fräulein Giesede, die von Frl. Raffé etwas zu mauerblümchenhaft gezeichnet wurde, auf die Dauer nicht widerstehen kann. Frl. Hermann (Glärchen) und Herr Fik (Arthur Eilgenbringer) hätten die Liebeserklärungs-Szene wirkungsvoller herausbringen müssen. Vollkommen verlagte das junge Pärchen auf Hochzeitsreise. Die haben nach allem andern aus. Der Humor dieser Figuren trat nicht in Erscheinung. Mit seinen, warmen Zügen zeichnete Hugo Höder wie einst den vorbildlichen genussamen Privatgelehrten Walter Hingelmann. Hier störte kein falscher Ton, um etwa einen billigen Effekt einzuhemmen. Aber getragen wurde die Aufführung durch den Wilhelm Giesede von Paul Müller. Mit seinem unverwundlichen Humor machte er diese Berliner Typen lebendig, ohne ins Partikulieren zu verfallen, satig lebensecht: eine Gestalt, die mit jeder Bewegung und jedem Wort stürmische Geister auslöste. So unterhielt sich das gut besuchte Haus an diesem geschickt gezeichneten Schwank ganz vortrefflich. S. R.-r.

Sicht unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben, wird diese Verständigung zwischen ihnen im gegenwärtigen Augenblick ohne weiteres als natürlich erscheinen lassen.

In einem eigenen Bericht läßt sich der „Vorwärts“ in Berlin, das Zentralorgan der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, aus Genua u. a. mitteilen: Es gibt keine Delegation, die sich so sehr bemüht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wie die russische; die Sowjetdelegierten sind wohl die geschicktesten von allen, besonders Katsowski hat die eifrigste Fühlung mit der Presse aufgenommen und hat schon zu wiederholten Malen ein Generalinterview gewährt, an dem etwa 40 Pressevertreter aller Erdteile und Länder teilnahmen. Die Russen, die in Santa Margherita bei Rapallo, etwa 12 Kilometer von Genua entfernt, wohnen, haben so sehr die Notwendigkeit des Verkehrs mit der Presse begriffen, daß sie ein luxuriöses eingerichtetes Zimmer im Hotel de Gene mitten in der Stadt gemietet haben. Dort versammeln sich auf ein Stühlgelände, das unter den Berichtstattern von Mund zu Mund weitergegeben wird, Journalisten in so großer Zahl, daß sie nicht nur das Zimmer, sondern auch den Korridor füllen.

Die Organisation der Konferenz.

Die nunmehr vollendete Organisation der Konferenz gibt folgendes Bild:

1. Kommission zur Prüfung der Artikel 1, 2 und 3 der Tagesordnung (Programm von Genua). In dieser Kommission sollen alle Delegationen vertreten sein. Um ihr die Arbeit zu erleichtern, soll eine Unterkommission eingesetzt werden. Entsprechend dem Charakter der von dieser Unterkommission zu behandelnden Fragen sollen Deutschland und Rußland der Kommission angehören, ferner vier Vertreter, die von allen anderen Staaten gewählt werden neben den Vertretern der einladenden Mächte. Der Unterkommission sollen sich außerdem Vertreter der anderen Staaten anschließen, wenn es sich um Fragen handelt, die diese Staaten besonders interessieren. Die Arbeiten in jeder Kommission werden von einem von der Kommission gewählten Vorsitzenden geleitet.

2. Die Finanzkommission hat sich mit Artikel 4 des Programms von Genua zu beschäftigen, also mit dem Studium folgender Fragen: a) Banknotenumsatz, b) Zentralbanken und Emissionsbanken, c) öffentliche Finanzen in ihren Beziehungen zu dem Werke des Wiederaufbaues, d) Wechselkurs, e) Organisation der öffentlichen und privaten Kredite.

3. Die Wirtschafts- und Handelskommission hat sich mit folgenden Fragen zu beschäftigen (Artikel 5 des Programms von Genua): a) Erleichterungen und Garantien für den Ein- und Ausfuhrhandel, b) gesetzliche und rechtliche Garantien für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen, c) Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums, d) Statut für das Konsulatswesen, e) Zulassung von Ausländern, soweit es sich um ihre wirtschaftliche Tätigkeit handelt, f) technische Hilfe für das Werk des industriellen Wiederaufbaues, g) Zolltarife.

4. Die Kommission für das Verkehrswesen wird sich beschäftigen: a) mit dem Landverkehr, b) mit dem Seeverkehr.

5. Die juristische Kommission soll mit dem Studium der juristischen Fragen betraut werden, die durch die Arbeiten der anderen Kommissionen aufgeworfen werden.

6. Die Rechtskommission soll aus einigen Mitgliedern der juristischen Kommission bestehen.

7. Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Die Kommissionen 2, 3 und 4 (Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrskommission) haben je zwei Unterkommissionen gebildet und bei der ersten Unterkommission der Finanzkommission ist auf Anregung des Reichsministers Dr. Rathenau ein Ausschuss der hervorragendsten in Genua versammelten Wirtschaftler gebildet worden.

Die Frage der Währungen.

In dem von der Finanzkommission eingesetzten Unterausschuss für die Währungsfragen führte Reichsfinanzminister Hermes zu Begründung der deutschen Vorschläge aus, daß die deutsche Delegation auf die Verwirklichung ihrer eigenen Wünsche im Interesse der Beschleunigung der Verhandlungen verzichte, da sie mit dem Londoner Memorandum in sehr vielen Punkten übereinstimmen, und daß sie sich lediglich auf zwei Gesichtspunkte beschränke. Erstens sei zu bedenken, daß bei voller Anerkennung des Gesichtspunktes, daß die Herstellung des Gleichgewichts im Budget dringender angeordnet werden müsse, zwischen den wirtschaftlich schwachen und den wirtschaftlich starken Ländern zu unterscheiden sei. Während die letzteren schon heute aus eigener Kraft ihr Budget ordnen könnten, bräuchten die wirtschaftlich Schwachen die Mitarbeit der Stärkeren. Zweitens aber beruhe auf die enge Verknüpfung des Gleichgewichts im Budget mit der Zahlungsbilanz. Bei den Ländern, die heute bei zerstückelter Währung eine stark passive Handelsbilanz haben, sei der Ausgleich zwischen Handelsbilanz und Zahlungsbilanz auf dem sonst üblichen Wege nicht mehr möglich. Internationaler Finanztransaktionen und Zahlungsabgaben zu einem besseren Ausgleich der Handelsbilanz seien also erforderlich.

Nach dem deutschen Vertreter sprach Katsowski für die russische Delegation. Der erste seiner Punkte betraf die Rückzahlungsausgaben und deren Wirkung für die schlechte Finanz- und Währungslage der meisten Staaten; doch wurde er erst durch den Widerspruch des Vorsitzenden, der die Abrüstungsfrage als ausdrücklich von der Tagesordnung ausgeschlossenen Punkt, zum Falllassen dieses Punktes genötigt. Katsowski brachte dann noch eine Reihe von weiteren Punkten vor, wobei er u. a. ausführte, daß auch Rußlands Ziel die Rückkehr zur Goldwährung sei, daß es aber jetzt gelte, eine befriedigende Verknüpfung des nationalen Geldes zu den wertbeständigen Währungen zu schaffen. Auch Katsowski kam darauf hinzu, daß eine Zusammenarbeit aller europäischen und außereuropäischen Länder Voraussetzung der Währungsreform sei. Insbesondere sei eine Anleihe erforderlich, die Rußland zum Zwecke der Stabilisierung des Geldfußes gewährt werden müsse, besonders jetzt, wo es an eine Reform seines Geldwertes herantritt.

Auf Anregung des Vorsitzenden Sir Robert Horne wurde das ganze Problem einer besonderen Expertenkommission, wie sie Rathenau vorgeschlagen hatte, überwiesen, in die u. a. Cifferting, Cassel, Menol, Gavenstein, Sir Basil Blackett, Straloch, Keltien, Bianchini, Kopschil und Dubois entsandt wurden. Diese Kommission soll die Aufgabe haben, die wissenschaftliche Frage so zu lösen, daß praktische Vorschläge herauskommen. Mit dieser Begründung wurde auch der Wunsch nach einem besonderen russischen Vertreter abgewiesen.

Frankreich und die Frage der Abrüstung.

Der die französische Presse, soweit sie der Regierung nahesteht oder doch von ihr inspiriert wird, in den letzten Tagen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, konnte, so meldet der Korrespondent „Zit.“ aus Genua, inzwischen feststellen, daß die Sonne von Genua dem Eis der rein negativen Intentionen, die Herr Poincaré seinen Delegierten mit auf den Weg gegeben hatte, gefährlich zu werden begann. In der psychologischen Atmosphäre des Konferenzsaales, der Kommissionsberatungen und der zahlreichen Aussprachen im kleineren Kreise, zu denen die Zusammenkunft der Staatsmänner aller Länder Gelegenheit gab, scheint Herr Barthou rascher, als man erwarten konnte, zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß die Politik,

die man ihm von Paris aus anbefohlen hatte, Frankreich in die Gefahr einer völligen Isolierung hinautreiben müsse, und er hat daraus bereits sehr weitgehende Konsequenzen gezogen. Die „Deuxde“ berichtet, daß ein Telegramm, das Barthou an Poincaré gerichtet hat, wörtlich folgende Sätze enthalten habe:

„Die Frage der Abrüstung kann von einer Minute zur andern aufs neue aufgerollt werden. Ich werde voraussichtlich nicht instande sein, zu verhindern, daß sie, wenigstens indirekt, zur Debatte gestellt werden wird. Wenn dieser Fall eintreten sollte, welches sind die Instruktionen der Regierung?“

Poincaré hat nach der gleichen Quelle diese Frage bereits vor den Ministerrat gebracht und dieser hat mit Stimmenmehrheit — nicht einstimmig — beschlossen, der französischen Delegation in Genua zurückzutelegraphieren, daß „einstweilen die französische Regierung die Fortführung der in Genua eingeleiteten Besprechungen wünsche.“

„Man braucht wohl nicht erst zu betonen“, fügt das Blatt hinzu, „was die Anfrage Barthous bedeutet und welche Konsequenzen die ihm erteilte Antwort haben wird. Die Mehrzahl der Minister hat glücklicherweise das Gefühl gehabt, daß es für die Vertreter Frankreichs unmöglich ist, durch bodenlose Unnachgiebigkeit einen europäischen Skandal zu provozieren und die Verhandlungen der Konferenz zu sprengen. Die erste der von Poincaré aufgerichteten Tafeln mit der Aufschrift „Verboten“ ist gestürzt. Man wird vielleicht sagen, daß es sich nur um eine vorübergehende Konzession handelt. Wir dagegen hoffen, daß es der erste Schritt zur Freigabe einer rein nationalen Politik ist, deren Gefahren man nicht genug unterstreichen kann.“

Der „Temps“, der in seinem Leitartikel die gleiche Frage behandelt, bestätigt sie sogar, wenn er berichtet, der Ministerrat habe einstimmig den Beschluß gefaßt, daß, wenn die Frage der Abrüstung in Genua nochmals angeschnitten werden würde, Frankreich beantragen werde, sie dem Völkerbund zu überweisen. Das heißt, daß Frankreich einer Diskussion der Frage wenigstens nicht mehr ausweichen wird. Denn, um einen solchen Antrag zu stellen, muß es sich zum mindesten an der Debatte beteiligen.

Von den Verhandlungen über Oberschlesien.

Aus Genf (16. April 22) wird berichtet: Die nunmehr erfolgte Einigung in der Liquidationsfrage beweist, daß es in letzter Stunde der deutschen Abordnung gelang, alle Forderungen durchzusetzen, wie sie die Forderung der deutschen Interessen und vor allem der Interessen der ober-schlesischen Bevölkerung für erforderlich erachtete, tatsächlich hat das Abkommen dazu geführt, daß der polnische Anspruch, in Oberschlesien ebenso uneingeschränkt die Liquidation vorzunehmen wie in Polen und Westpreußen, fallen gelassen wurde. Eine Liquidation findet nach dem getroffenen Abkommen vielmehr in ganz eng begrenztem Maße in der Großindustrie und dem Grundbesitz Anwendung und fällt im übrigen vollkommen fort, so daß alles bewegliche Gut, Habe, Hausrat, Kostbarkeiten, alle Rechte, Hypotheken, Aktien, Konzeptionen usw. wie der gesamte sächsische Grundbesitz von jeder Liquidation frei bleiben. Was die Liquidation bei der Großindustrie betrifft, so wird hier unter Großindustrie verstanden: Bergwerke, Hütten und Hüttenwerke, Braunkohle, und Pulverfabriken usw., ferner Unternehmungen, die 1921 mehr als 600 Arbeiter beschäftigt haben, und andere namentlich angeführte Unternehmungen, die im Einzelfalle nach der Verfahrungsart als Großindustrie anzusehen sind. Auch diese Großindustrie und Lagerungen bleiben jedoch während 15 Jahre von der Liquidation frei, und sie können während dieser fünfzehn Jahre frei ihr Eigentum veräußern und es frei belasten.

Mit dieser kurz skizzierten Lösung der schwierigen Liquidationsfrage ist eine Klärung der Verhältnisse erreicht, die das deutsche Wirtschaftsleben in Oberschlesien von der Liquidation entweder überhaupt freistellt oder für die Betroffenen in einer zeitlich und sachlich durchaus erträglichen Weise gestaltet. Das Abkommen bedeutet damit eine völlig neue Situation gegenüber der ursprünglichen Stellungnahme der polnischen Regierung, die zunächst völlig uneingeschränktes Liquidationsrecht beanspruchte und später durch den Unzuständigkeitseinwand der Lösung überhaupt zu weichen gezwungen wurde. Die Tatsache einer direkten gütlichen Lösung ist daher nicht nur mit Rücksicht auf das erzielte sachliche Ergebnis, sondern auch im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen überhaupt von Bedeutung.

Kurze polit. Nachrichten.

* Ein Volksbegehren über die Auflösung des sächsischen Landtags. Die Vorstehenden des Landesverbandes Sachsen der Deutschen Volkspartei und des Landesverbandes der Deutschen Nationalen Volkspartei haben dem sächsischen Staatsministerium Anträge auf Zulassung des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtags überreicht.

* Die Wüderbekämpfung in Bayern. Das Bayerische Justizministerium veranlaßt eine Befragung über die Zurechnung und Bekämpfung des Wüders, in der die Justizbehörden auf die bedenkliehen Erscheinungen des wilden Handels aufmerksam gemacht und angewiesen werden, die Schuldigen so rasch wie möglich der verdienten Strafe zuzuführen. Bei genügender Tatverdacht soll Befehlsgewalt der Wüder und deren rasche Veräußerung in Erwägung gezogen werden, damit die Wüder halbwegs den Verbrauchern zu angemessenen Preisen zugeführt werden.

* Kapp stellt sich selbst. Der Hochverräter Kapp hat in einem Schreiben an das Reichsgericht erklärt, daß er sich Ende April stellen werde.

Badische Uebersicht.

Badischer Lehrerverein.

In der dritten geschlossenen Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins behandelte Hauptlehrer Wahlfahrt-Kleutersbach das Thema: „Die Kulturaufgaben des Volkstaates und die Landeskultur“. Der Redner ging von der Tatsache aus, daß 90 Prozent aller Kinder den Bildungsweg durch die Volksschule nehmen und daß deshalb diese Schulart im Mittelpunkt der Kulturbestrebungen des Volkstaates stehen muß. Das Landkind sei etwas tiefmütlerlich behandelt worden von Pädagogik, Psychologie und Methodik der neueren Zeit und bedürfe einer besonderen Aufmerksamkeit. Die Forderungen aus diesen Tatsachen verdichteten sich zu Leitsätzen, die die einstimmige Annahme der Versammlung fanden. Einmütige Annahme fanden auch folgende Entschlüsse:

1. Der Badische Lehrerverein bekennet sich aufs neue zur Simultanlehre, die seit 1876 in Baden durchgeführt ist und allen Befehrmitteln und Weltanschauungen gerecht zu werden

vermag. Er erwartet mit Zuversicht die Beibehaltung der bewährten Simultanlehre bei der kommenden Umgestaltung des badischen Schulgesetzes.

2. Der Badische Lehrerverein fordert erneut die Einrichtung eines Landeslehrerates und bedauert es aufs tiefste, daß Baden das in der Reichsverfassung verbriefte Recht der Mitbestimmung der Lehrerschaft an der Verwaltung durch einen Landeslehrerrat noch nicht zur Tat werden ließ.

3. Die Vertreterversammlung beauftragt den Vorstand, beim Deutschen Lehrerverein als unserer Reichsgewerkschaft, dafür einzutreten, daß das Reichspensionsgesetz entsprechend den früher geltenden günstigeren Bestimmungen der süddeutschen Staaten verbessert und das 1913/20 an den Zwangsrentenären begangene Unrecht beseitigt werde.

4. Der Badische Lehrerverein bedauert, daß die vom Unterrichtsministerium ausgenommenen Lehrplanarbeiten nicht so gefördert worden sind, daß mit Beginn des neuen Schuljahres ein neuer Lehrplan in Kraft treten konnte, und erwartet, daß diese Arbeiten in der Richtung des von uns aufgestellten Lehrplanvorschlages recht bald zum Abschluß gebracht werden. Die Mitgliederversammlung ersucht, bis zur Inkraftsetzung eines neuen Lehrplans durch eine Übergangsverordnung in einzelnen Fächern eine Milderung des Stoffumfangs zugunsten einer unterrichtlichen Vertiefung eintreten zu lassen.

Die Forderung über Überstunden, Ortsklassen, Abschaffung der Wirtschaftsbeihilfen und Schaffung von Wirtschaftszonen wurde gutgeheißen.

Nachdrücklich verwahrt sich die Mitgliederversammlung dagegen, daß bei der Schaffung von Schulaufsichtstellen politische Gesichtspunkte maßgebend seien. Nicht was einer Partei, sondern was dem Kinde die größtmögliche Förderung verspricht, darf bei der Besetzung von Schulaufsichtstellen ausschlaggebend sein.

Prof. Dr. Günther-Freiburg hat in einer kurzen Ansprache um Förderung seiner heimatländlichen Bestrebungen.

Nach Eröffnung der umfangreichen Tagesordnung richtete der Vorsitzende Hauptlehrer Hofmeier herzliche Dankesworte an den Ortsausschuß, das Unterrichtsministerium, die Stadtverwaltung, sowie an alle, die zum Gelingen der Tagung beigetragen hatten. Die Abschiedsworte des sächsischen Ministers a. D. Dr. Seifert wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Warnung an Reisende.

Die Eisenbahn-Generaldirektion gibt bekannt: In letzter Zeit ist im Bereich der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe eine Anzahl Reisende dadurch zu Schaden gekommen, daß sie auf Züge, die sich schon bewegen, noch aufsprangen, oder aus Zügen, bevor sie vollständig hielten, ausstiegen, dabei wurden fünf Reisende getötet und vier schwer verletzt.

Die Eisenbahnverwaltung warnt die Reisenden in ihrem eigenen Interesse wiederholt vor derartigen unbesonnenen Schritten. Vorgezogenes Aussteigen oder nachträgliches Aufspringen bedeutet auch bei scheinbar langsamer Fahrt der Züge für die dabei Beteiligten nach den langjährigen Erfahrungen der Eisenbahnverwaltung stets eine Gefahr für Leib und Leben. Deshalb ist nach der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung das Aus- und Einsteigen, der Versuch oder die Hilfeleistung dazu, solange ein Zug sich in Bewegung befindet, verboten und strafbar. Schadenersatzansprüche aus solchen Unfällen werden von der Eisenbahnverwaltung grundsätzlich abgelehnt.

DZ. Nr. 30 des Geleit- und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung des Ministeriums des Innern betr. die Gebühren der Rechtsanwälte in Verwaltungsrechtsstreitigkeiten, Verwaltungs- und Polizeisachen. Danach tritt eine Erhöhung um 400 Prozent ein.

DZ. Laubersheim, 17. April. Erzbischof Dr. Karl Friß trifft am 27. April in Bronnbach ein, um der Siebenhundertjahrfeier der Einweihung der dortigen Klosterkirche beizuwohnen. Am 28. April findet die Konsekration der Schlosskapelle in Gamburg statt. Am Sonntag, den 30. April, wird der Erzbischof in unserer Stadt weihen, wo um diese Zeit ein Katholikentag abgehalten werden soll.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. Die Oper bringt am Mittwoch, den 19. April, eine Wiederholung von „Violetta“ mit Frau Marie von Ernst und den Herren Wilhelm Reutwig und Rudolf Weirauch in den Hauptpartien. Hieran schließen sich von Fanny Bourgeois einstudierte Tanzbilder. Am Freitag, den 21. April, wird „Alberts „Tiefenland“ mit Wilhelm Reutwig als Bedro wiederholt. Für Sonntag, den 23. ist die Operette „Die Fledermaus“ angesetzt. — Außerdem befindet sich für die kommende Woche die Erstaufführung der mit großem Erfolg in Berlin, Frankfurt a. M., Mannheim und Wiesbaden gegebenen Oper „Schahrazade“ von Bernhard Selles in Vorbereitung. Die Inszenierung leitet Oberregisseur Lange, die musikalische Leitung liegt in den Händen von Kapellmeister Alfred Lorenz.

Volkshöhne. Durch das Entgegenkommen der Intendant des Landestheaters ist die Volkshöhneleitung nunmehr in der Lage, ihren Bestellern sämtliche bestellte Karten zu geben. Es finden zu diesem Zweck eine achte und neunte Vorstellung von „Roter Lampe“ statt. Ebenso wird die nächste Reihe M (Kaufmann von Benebig) neunmal gegeben werden. Diese Reihe findet entgegen der ursprünglichen Absicht ebenfalls im Konzerthaus statt, wofür denn die letzte Schauspielreihe dieses Jahres (Die Weber, von Hauptmann) im Landestheater stattfinden, da eine würdige Wiedergabe dieses Werkes nur dort möglich ist. — Um der Verwaltung des Landestheaters den Betrieb etwas zu verbilligen, gab die Leitung der Volkshöhne ihr Einverständnis dazu, daß die Tageszettel der Vorstellungen nicht mehr an den Plakatsäulen angehängt werden, doch finden die Besucher nach wie vor die Vorstellungen auf den gelben Wochenplanen an den Plakatsäulen verzeichnet und in den Tageszeitungen bekannt gegeben.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Agnetenvereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die Agnetenapparate der Firma Agnetenwerk Oberbad a. M. als Überwachungsapparate, Modell S, in den Größen S 1 und S 2 unter Typennummer J 71 nach § 12 und in Größen S 3 bis S 5 unter Typennummer A 57 nach § 14 der Agnetenverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerrufliches Maße für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 10. April 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor.

H 11 4 2.

Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

Mannheim. M.801
Zum Handelsregister B Band VIII O.-Z. 15 Firma „Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kesselwerke Aktiengesellschaft“ in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma „Hedderheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kesselwerke Aktiengesellschaft“ in Frankfurt a. M., wurde heute eingetragen.
Die Generalversammlung der Aktionäre vom 14. Februar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 8 000 000 Mark beschlossen. Der Beschluss ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 22 000 000 M. Die 8000 Stück jungen Aktien zu je 1000 M. lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 200 Prozent ausgegeben. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 14. Febr. 1922 sind die §§ 4 (Grundkapital) und 9 Absatz 2 u. 3 (Anstellungsbedingungen für die Vorstandsmitglieder und die Prokuristen) des Gesellschaftsvertrages abgeändert worden.
Mannheim, 27. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.803
Zum Handelsregister B Band XIII O.-Z. 37 Firma „Koch & Co. Fabrik chemischer Produkte Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation“ in Mannheim wurde heute eingetragen.
Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen.
Mannheim, 27. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.804
Zum Handelsregister B Band XVII O.-Z. 47 Firma „Thyssen'sche Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, Zweigniederlassung Hauptst. Duisburg, wurde heute eingetragen.
Wilhelm Ged, Kaufmann in Düsseldorf, und Otto Ehrhardt, Kaufmann in Erfurt, sind zu Geschäftsführern bestellt. Die Prokura des Wilhelm Ged ist erloschen.
Mannheim, 27. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.846
Zum Handelsregister B Band IV O.-Z. 36 Firma „Deutsche Hypotheken-Renten-Bank“ in Mannheim, wurde heute eingetragen.
Dr. Heinrich Fuchs ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Dr. Hermann Hildebrandt, Bankdirektor, Mannheim, ist als Mitglied des Vorstandes bestellt.
Mannheim, 28. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.849
Zum Handelsregister B Band V O.-Z. 33 Firma „Deutsche Säbholzfabriken Aktiengesellschaft“ in Rheinau, Zweigniederlassung, Hauptst. Cassel, wurde heute eingetragen.
Die Zweigniederlassung Mannheim - Rheinau ist aufgehoben.
Mannheim, 29. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.850
Zum Handelsregister B Band VI O.-Z. 41 Firma „Rheinische Kreditbank“ in Mannheim, wurde heute eingetragen.
Dr. Wilhelm Koebel in Mannheim ist Gesamtprokura erteilt unter Beschränkung auf die Niederlassung Mannheim.
Mannheim, 29. März 1922.
Bad. Amtsgericht S.G. 4.
Mannheim. M.851
Zum Handelsregister B wurde bei der Firma Portland-Zementwerk Diebesheim-Neckarelz, u. G. in Diebesheim eingetragen. Dem Kaufmann Adolf Doppel in Heidelberg ist Prokura erteilt. Die Pro-

kura des Ludwig Reß ist erloschen.
Mannheim, 21. März 1922.
Bad. Amtsgericht.
Mannheim. M.887
Zum Handelsregister B wurde bei der Firma Reudenauer Holzindustrie, u. m. b. H. in Reudenau eingetragen. Adolf Brechler in Reudenau ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Als solcher wurden bestellt Franz Schwarz in Reudenau.
Mannheim, 1. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Mannheim. M.888
Zum Handelsregister A wurde das Erlöschen folgender Firmen eingetragen:
3. Jimmy in Neckarelz.
Emil Schultheiß & Cie. in Eberbach, Zweigniederlassung in Mannheim.
Hermann Sinogowitz, Apotheke u. Drogehandlung in Mannheim.
Mannheim, 6. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Mannheim. M.881
Zu O.-Z. 172 des Handelsregisters A wurde heute eingetragen:
Die Firma Sylvan Weill, Mannheim, ist geändert in: Kaufhaus Sylvan Weill, Mannheim.
Der Sylvan Weill Ehefrau, Bella geb. Niefer in Mannheim ist Prokura erteilt.
Mannheim, 10. April 1922.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Neustadt. M.917
Zum Handelsregister A Band I O.-Z. 51 - bei der Firma „Paul Rombach Nachfolger in Titisee“ - wurde heute als Inhaberin eingetragen: Emil Schindler, Kaufmanns-Witwe Anna geb. Vollmer in Titisee.
Neustadt, Baden, den 8. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Pforzheim. M.677
Handelsregister-Eintrag.
Firma Martin Erhardt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim. Der Gesellschaftsvertrag dieser Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 9. März 1922 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens sind Handelsgeschäfte jeder Art, namentlich der Handel mit Brennstoffen. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen. Stammkapital: 20000 M. Geschäftsführer sind die Kaufleute Georg Martin Erhardt und Wilhelm Wetter in Pforzheim. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Eine öffentliche Bekanntmachung der Gesellschaft geschieht im badischen Staatsanzeiger.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. M.756
Handelsregister-Einträge.
1. Die Firma Saure & Cie. in Pforzheim ist erloschen.
2. Die Firma Gg. Martin Erhardt in Pforzheim ist erloschen.
3. Firma Hans Göpper in Pforzheim, Güterstraße 48. Inhaber ist Kaufmann Hans Göpper in Pforzheim. (Angegebener Geschäftszweig: Bijouteriefabrikation u. Bijouterie-großhandlung.)
4. Firma Gustav Hölle Wwe. in Pforzheim, Saurestraße 24. Die Prokura des Adolf Gengenbach ist erloschen.
5. Die Firma Spohn & Co. in Pforzheim ist erloschen.
6. Firma Isidor Schwarz vorm. Wilhelm Bäuerle in Pforzheim, Deimlingstr. 15. Das Geschäft ging mit der Firma auf Kaufmann Isidor Schwarz Witwe, Denny geb. Wät. in Pforzheim über.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. M.806
Handelsregister-Eintrag.
Die Firma Pforzheimer Schotterwerke in Pforz-

gen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim ist erloschen.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. M.806
Handelsregister-Eintrag.
Die Firma Conrad Tack & Cie. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim ist erloschen.
Amtsgericht Pforzheim.
Pforzheim. M.821
Handelsregister-Eintrag.
Firma Süddeutsche Dachziegelei A. Schumann u. mit beschränkter Haftung in Stein: Die Vertretungsbefugnis des stellvert. Geschäftsführers August Bodenstett ist beendet. Dem Kaufmann Mathias Wolters in Stein ist Einzelprokura erteilt.
Amtsgericht Pforzheim.
Säckingen. M.897
In das Handelsregister B O.-Z. 1 bzw. 23, die Firma Chemische Fabrik Griesheim-Elektron u. G. in Frankfurt a. Main. Zweigniederlassung Bad. Rheinfelden betr., wurde heute eingetragen: Dr. Ludwig Schmidt ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden.
Säckingen, 7. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Säckingen. M.898
In das Handelsregister B O.-Z. 48, die Firma San-Union Aktiengesellschaft Berlin, Zweigniederlassung Säckingen betr., wurde heute eingetragen: Dem Otto Ehlinger in Säckingen ist Prokura erteilt in der Weise, daß er in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied, Handlungsbevollmächtigten oder einem zweiten Prokuristen unter Beschränkung auf die Zweigniederlassung Säckingen die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu zeichnen berechtigt ist.
Säckingen, 7. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Schweigenen. M.882
Handelsregister-Eintrag.
Abt. A Band III zu O.-Z. 39: Paul Kuchel, Hotelbesitzer. Die Firma ist erloschen.
den 10. April 1922.
Amtsgericht 2.
Tauberbischofsheim. M.899
In das Handelsregister Abt. A Band I wurde zu O.-Z. 95 - Firma Kühn & Adler in Tauberbischofsheim - das Erlöschen der Firma eingetragen.
Tauberbischofsheim, den 5. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Triberg. M.888
In das Handelsregister B Band II O.-Z. 5, Josef Koeper & Söhne, u. m. b. H. in Furtwangen wurde eingetragen: Dem Techniker Otto Wulst u. dem Kaufmann Josef Wehrle, beide in Furtwangen, ist Prokura erteilt.
Triberg, 5. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Überlingen. M.918
Zu O.-Z. 73 des Handelsregisters Abt. A Band I betr. die Firma „Bernhard Jod“ in Stefansfeld wurde eingetragen: Die Prokura des Kaufmanns Hermann Jod ist erloschen.
Überlingen, 11. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Willingen. M.899
Zu O.-Z. 378 des Handelsregisters Abt. A Firma Otto Feiß, Elektro-Maschinenbau in Willingen, wurde heute eingetragen: Die Firma ist geändert in Feiß & Co. Der Ingenieur Hendrik Geert van den Berg in Willingen ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1922 begonnen.
Willingen, 6. April 1922.
Amtsgericht 1.

Willingen. M.919
Zu O.-Z. 44 des Handelsregisters Abt. B Firma Haber, Pfeiffer & Co. u. m. b. H. in Willingen wurde heute eingetragen: Karl Anton Straßburger u. Georg Oswald hier sind als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Josef Gall in Willingen ist zum Geschäftsführer bestellt.
Willingen, 11. April 1922.
Amtsgericht 1.
Waldkirch. M.920
In das Handelsregister A Band I ist unter O.-Z. 209 heute eingetragen worden:
Karl J. Kern, Oberprokural.
Inhaber ist Karl Josef Kern, Kaufmann in Oberprokural.
Waldkirch, 8. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.
Weinheim. M.900
Zum Handelsregister B Band I O.-Z. 19 zur Firma „Süddeutsche Darm-Industrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Laudenbach wurde eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Ernst Nagel in Mannheim ist beendet; an seine Stelle ist Kaufmann Hans Klattner in Mannheim zum Geschäftsführer bestellt.
Weinheim, 10. April 1922.
Amtsgericht.
Wertheim. M.840
In das Handelsregister A O.-Z. 199 wurde eingetragen: Firma Hof Schwarzschild, Dertingen. Inhaber: Hof Schwarzschild, Handelsmann in Dertingen.
Wertheim, 5. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Wiesloch. M.887
In das Handelsregister A Band I wurde eingetragen: 1. Zu O.-Z. 217 Firma Samuel Heß & Sohn in Walsch; Handelsmann Samuel Heß ist am 31. Dezember 1921 aus der offenen Handelsgesellschaft ausgetreten und diese damit aufgelöst. Das Geschäft wird von Handelsmann Wilhelm Heß in Walsch weitergeführt. Die Firma ist geändert in: „Wilhelm Heß in Walsch“.
2. Unter O.-Z. 379 Firma Rudolf Epp in Walsch. Inhaber Kaufmann und Brennereibesitzer in Walsch. 3. Zu O.-Z. 113 Firma Albert Wihl in Wiesloch: Das Geschäft ist mit Firma auf Kaufmann Karl Friedrich Wihl in Wiesloch übergegangen.
Wiesloch, 4. April 1922.
Bad. Amtsgericht.
Wiesloch. M.901
In das Handelsregister B Band I ist eingetragen: a) Zu O.-Z. 5 Firma Süddeutsche Metallwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Balldorf: Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung v. 15. März 1922 wurde das Stammkapital um Mark 740 000 erhöht und beträgt jetzt 1 000 000 Mark; § 3 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend geändert. b) Unter O.-Z. 20 Firma Aluminiumwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Balldorf. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Gegenständen, insbesondere Küchengeräten aus Aluminium, Kupfer, Messing und Blech. Stammkapital 20 000 M. Geschäftsführer sind: Georg Scherer IV, Kaufmann in Balldorf und Josef Reiert, Malermeister in Balldorf. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Gesellschaftsvertrag vom 30. März 1922 bezw. 8. April 1922.
Wiesloch, 11. April 1922.
Bad. Amtsgericht.

Leo's Füllfeder
Treuhand
Das moderne Schreibgerät für Zeit- und Geldersparnis
mit Rundspitze, Kugelspitze und Schreibspitze.
Durch alle Schreibwarengeschäfte zu beziehen.
All. Fabrikant: E.W. Leo Nachf. Leipzig - Pl.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 18. April. 7 b. n. 1/10 Uhr. 25 Mk.
Abonnement A 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-400 und 1001-1100.
Kater Lampe.
Mittwoch, den 19. April 1922.
Landestheater. M. 40 Mk.
Abonnement B 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701-1000.
Violetta (La Traviata) hierauf **Tanzbilder.**
Kater Lampe.
Mittwoch, den 19. April 1922.
Konzerthaus. 7-10 Uhr.
Volksbühne L 3
Kater Lampe.

Konzerthaus.
Badische Lichtspiele
jeweils 6 Uhr nachm. und 1/9 Uhr abends
Mittwoch, den 19. Samstag, den 22. und Montag, den 24. April:
Mit Schnellzug und Ozeanriesen von Berlin über Bremen nach New-York.
Was uns der Wald erzählt.
Indisches Gaukelspiel.
Verkaufsstellen wie bekannt, f. Anschlagtafel.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg
Abitur. Reife O II und Prima, kleine Gymnasien und Realklassen: VI - Reifeprüfung, Sport - Verpflegung durch eigene Landwirtschaft.

Gebrauchtes Klavier zu kaufen gesucht.
Angebote an A.188
Dr. Robert, Kappelrodeck.

Lichtiger Maurer- und Eisenbeton-Polier
in angenehme dauernde Stellung für Worms gesucht.
Friedrich Jücker, Bauunternehmung, Worms a. Rh.

Einladung
zur
6. ordentlichen Generalversammlung der Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter i. Baden n. b. H., Sitz Karlsruhe,
am
29. April 1922, 3 Uhr nachmittags.
Total: Restauration Ziegler, Karlsruhe, Baumeisterstr. 18.
Tagesordnung:
1. Bekanntgabe des Geschäftsberichts.
2. Bekanntgabe des Revisionsberichts des Verbandsrevisors.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
5. Satzungsänderungen.
6. Besprechung der eingegangenen Anträge.
7. Geschäftliche Mitteilungen.
Beim Eintritt in das Versammlungslokal ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen.
Karlsruhe, dem 11. April 1922.
Der Vorstand: Für den Aufsichtsrat: Schäfer, Häusle, Raffner, Genzel.

Gesucht zum sofortigen Eintritt Ingenieur
mit gründlicher wissenschaftlicher Ausbildung und praktischen Erfahrungen in der Wärme- und möglichst auch Gastechnik für Projektierungen, Berechnungen und Untersuchungen maschinentechn. Art. Einstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag ohne Unterstellung unter das Beamtenstatut. Bewerbungen mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche sind unter Beifügung von Zeugnisabschriften zu richten an
A.198
Direktion der Stadt, Wasser-, Gas- und Elektrizitäts-Werke Mannheim.

Charakter- deutung
(20 Zeilen in Tinte geschr.)
Mark 6.60 a.668b
Grapholog. Institut
R. G. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
M.938. Gengenbach, Im Konfuziusverfahren über das Vermögen der Firma Tremmel & Albert in Wiesloch ist zur Abnahme der Schlichtrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlichterergebnis Schlichttermin bestimmt auf Mittwoch, den 10. Mai 1922, vormittags 8 1/2 Uhr. Gengenbach, den 12. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

M.939. Durlach. In der Prozeßsache, Elfriede Marie Daum in Wiesloch, minderjährig und vertreten durch den Vormund Mater Martin Ziegler in Wiesloch, Prozeßbevollmächtigte: Berta Daum, Wiesloch, gegen Metallhändler Paul Michael, zurzeit unbekanntes Aufenthalts, wegen Unterhalts ist Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmt auf Dienstag, 30. Mai 1922, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Durlach, wozu der Beklagte hiermit geladen wird.
Durlach, 12. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Entmündigung.
M.938. Konstanz. Der am 29. Dezember 1847 in Neidenau geborene und dorthin wohhafte verwitwete Landwirt Alois Wähler wird wegen Verschwendung und Trunksucht entmündigt.
Konstanz, 25. März 1922.
Amtsgericht 2.

Bereins-Register.
Überlingen. M.922
Zum Vereinsregister wurde unter O.-Z. 14 eingetragen: **Elisabettenverein Markdorf.** Sitz: Markdorf. Die Satzung ist am 19. März 1922 errichtet. Vorstand: Der jeweilige römisch-katholische Pfarrer oder Pfarrverweser von Markdorf.
Überlingen, den 11. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Überlingen. M.923
Zum Vereinsregister wurde unter O.-Z. 13 eingetragen: **Kranienverein Hagau.** Sitz Hagau. Die Satzung ist am 19. Februar 1922 errichtet. Vorstand: Der jeweilige kathol. Pfarrer von Hagau oder dessen parramtlicher Stellvertreter.
Überlingen, den 11. April 1922.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.